

## Ein Schulterchluss vom Fürstenhaus bis zur Freien Liste

**Stimmung** Zahlreiche Verbände und Institutionen sowie alle politischen Parteien unterstützen den Plan der Regierung, mit dem Ziel, die Infektionszahlen innert dreier Wochen deutlich zu senken.

Ein «nationaler Schulterchluss» sei nötig, um die Ausbreitung des Coronavirus zu bremsen. Das hatte die Regierung bereits am Dienstag so verkündet und einschneidende Massnahmen vorgestellt, die ab morgen für drei Wochen gelten sollen. Damit dieser Plan aufgeht, sei die

Mithilfe jedes Einzelnen nötig, daher habe die Regierung auch bewusst frühzeitig öffentlich und transparent über ihr Ansinnen informiert, sagte Vizeregierungschef Daniel Risch gestern. In den letzten Tagen wurden nun diverse Verbände und Organisationen kontaktiert. Sie waren eingeladen, ihrerseits weitere Vorschläge zu bringen, wie sie etwas zur «Winterruhe» beitragen könnten und auch auf etwaige Mängel des Ansinnens hinweisen. Zudem bat die Regierung darum, eine Stellungnahme abzugeben. «Fast alle haben sich dazu bereit erklärt», freute sich Risch nun gestern vor den Medien. Die Stellungnahmen würden einen «Nationalen

Schulterchluss zeigen, der beispiellos ist», sagte Risch. Die Regierung veröffentlichte nun 26 Stellungnahmen unterschiedlichster Organisationen. Angefangen beim Fürstenhaus über die Wirtschaftsverbände oder Visarte zum Kriseninterventionsteam, der Familienhilfe, dem Jugendrat, Liechtenstein Marketing oder dem Verein für Menschenrechte alle den eingeschlagenen Weg, so weh er auch tun mag. Selten gesehen ist die Einigkeit aller fünf politischen Parteien. (ds)

**Eine Auswahl der Stellungnahmen sind hier abgedruckt. Die Weiteren finden Sie auf [www.volksblatt.li](http://www.volksblatt.li)**

### Ausgewählte Stellungnahmen

#### Fürstenhaus

«Das Fürstenhaus unterstützt die Absicht der Regierung, die ruhige Zeit über die Feiertage zur Reduktion der Fallzahlen zu nutzen. Angesichts der verschärften Situation des Gesundheitswesens in der ganzen Region und ähnlicher Bestrebungen der Nachbarstaaten hält es der Erbprinz für angebracht, dass auch Liechtenstein zusätzliche Schutzmassnahmen trifft: «Wir alle hätten die Feiertage lieber ohne diese Einschränkungen begangen, lasst uns diese Tage nun aber zur konsequenten Reduktion der Fallzahlen nutzen. Dazu bitte ich alle um diszipliniertes Einhalten der Vorgaben und Empfehlungen und danke für eine breite Unterstützung der Regierung.»

#### FBP

«Die FBP steht voll und ganz hinter dem von der Regierung skizzierten Weg des Nationalen Schulterchlusses und bittet die Einwohnerinnen und Einwohner, die Vorgaben und Empfehlungen der Regierung mitzutragen und einzuhalten.»

#### VU

«Die Vaterländische Union unterstützt die von der Regierung vorgesehene «Winterruhe» vollumfänglich. Die geplanten Einschränkungen über die Feiertage sind im Verhältnis zu der drohenden Notwendigkeit einer Triage für die Aufnahme und den Verbleib auf Intensivstationen sicherlich das kleinere Übel. Mit Blick auf die derzeitige Entwicklung der Coronafallzahlen ist diese «Winterruhe» aus medizinischer Sicht ein absolutes Muss und entspricht dem Gebot der Solidarität. Gleichzeitig sind es mit Augenmass getroffene Einschränkungen, welche es ohne staatliche Bevormundung zulassen, Weihnachten im engen Familienkreis würdig zu feiern. Ganz der liechtensteinischen Mentalität entsprechend, zählt die Regierung dabei auf die Eigenverantwortung und den gesunden Menschenverstand jedes Einzelnen. Die Aussicht auf die baldige Impfmöglichkeit sollte das Durchhalten über die nächsten Wochen allen erträglicher machen.»

#### DU - Die Unabhängigen

«Es muss entschieden gehandelt werden, um den möglichen Kollaps des Gesundheitssystems zu verhindern. Wir dürfen uns vor allem nicht von selbsternannten Gesundheits- und Weltverschönerungsexperten blenden lassen. Hinter jedem Tod, der auf Corona zurückzuführen ist, steckt ein Verlust, den man hätte verhindern können. Unser Gesundheitspersonal leistet derzeit Grossartiges und ist fast am Anschlag. Ihnen gehört grösster Dank und es obliegt uns, die einfachen Regeln wie Händewaschen, Distanzhalten und Maskentragen einzuhalten, sodass wir die ändern und uns selber schützen und diese immense Krise eindämmen. Fraglos muss die öffentliche Hand für die wirtschaftlichen Schäden aufkommen, die durch die Massnahmen entstehen. Neben Zahlungen

zur Kompensation von Erwerbsausfällen sind auch Mitzinsreduktionen, die Stundung der AHV-Beiträge, Fristerstreckung für Steuerabgaben, Gebührenreduktionen etc. ins Auge zu fassen. Es ist natürlich klar, dass mit drastischen Massnahmen wie Lockdowns oder Homeoffice-Zwang auch viele Nebeneffekte entstehen, die nicht nur durch die Regierung, den Landtag oder die Gemeinden gelindert werden können. Wir alle müssen uns jetzt auch als Menschen beweisen und zeigen, dass wir in der Lage sind, Mitmenschen in Not zu helfen, auch wenn es nur darum geht, besorgte, verängstigte und frustrierte Menschen «moralisch» zu unterstützen. In diesem Sinne haben die Unabhängigen beschlossen, Geld aus der Wahlkampfkasse zu nehmen und je 10 000 Franken zwei wohltätigen Institutionen, die von der Pandemie besonders Betroffene unterstützen, zukommen zu lassen.»

#### Freie Liste

«Das Virus verbreitet sich bei uns und in den Nachbarländern unkontrolliert, trifft uns alle und insbesondere das Gesundheitswesen sehr hart. Nebst zunehmenden Todesfällen wird es auch viele Langzeitschäden im psychischen und körperlichen Bereich geben, dies gilt es dringend zu vermeiden. Die Freie Liste unterstützt die Massnahmen der Regierung betreffend Corona unter der Voraussetzung, dass die geplanten Massnahmen mit den umliegenden Ländern koordiniert werden. Es soll eine überparteiliche Arbeitsgruppe installiert werden, die das politische Vorgehen in der Pandemie kritisch durchleuchtet. Dies ist eine wichtige Voraussetzung, um die Langzeitfolgen zu behandeln und gegebenenfalls eine erneute Pandemie zu überstehen.»

#### DpL

«Wir steuern auf eine Katastrophe zu, wenn nicht jeder Einzelne mit hilft, die Übertragung einzuschränken. Ein Lockdown 3 Wochen über Weihnachten schadet der Wirtschaft weniger, als wenn dann im Februar geschlossen werden muss.»

#### Verein für Menschenrechte

«Der Verein für Menschenrechte beurteilt die angeordneten Massnahmen der Regierung zum Schutz vor der Verbreitung der COVID-19-Pandemie als im Einklang mit den Menschenrechten. Die damit verbundenen Einschränkungen der Freiheitsrechte sind rechtlich verankert. Sie sind verhältnismässig, temporär und werden regelmässig überprüft. Der Verein für Menschenrechte unterstützt daher das Massnahmenpaket, welches die Regierung vom 20. Dezember bis am 10. Januar 2021 verordnet hat. Wir schützen damit gefährdete Personen in unserer Bevölkerung und tragen zur Aufrechterhaltung unseres Gesundheitssystems bei. Der Verein für Menschenrechte dankt allen Personen im Gesundheitswesen, die in dieser herausfordernden Situation arbeiten.»

#### Hotel- und Gastro-Verband

«Die Liechtensteiner Hotellerie und Gastronomie unterstützt den Nationalen Schulterchluss zur Pandemiebewältigung, auch wenn die Einschnitte mit einem Dritten Branche-Lockdown wirklich hart sind. Wir vertrauen aber auf die Solidarität in Liechtenstein, der Bevölkerung und der Politik, die uns die Hilfen zum Überleben der Pandemie zuspricht.»

#### Wirtschaftskammer

«Die Regierung trifft alle Massnahmen, um die Ausbreitung des Coronavirus zu verlangsamen und den Schaden für die Bevölkerung sowie Unternehmen möglichst gering zu halten. Jeder Einschnitt in die Wirtschaft tut weh und bringt entsprechende Folgen mit sich. Über die Weihnachtsfeiertage und den Jahreswechsel bzw. während der Weihnachtsferien fahren die Betriebe ihre Tätigkeit grundsätzlich runter und so ist dies aus wirtschaftlicher Sicht gesehen der beste Zeitpunkt für die vorgeschlagenen Massnahmen, um die Pandemie zu bekämpfen und die Infektionszahlen zu senken. Ein allfälliger Lockdown nach den Feiertagen, wenn die Betriebe ihre vollen Tätigkeiten wieder aufnehmen, sollte so verhindert werden. Staatliche Unterstützungsleistungen sind aber jedenfalls unabdingbar, damit Arbeitsplätze gesichert werden können.»

#### Kriseninterventionsteam

«Corona und deren unberechenbares Krankheitsbild ernst nehmen. Halten Sie sich an die Regeln und Vorgaben zum Wohle aller. Es ist unbedingt angezeigt, dass die schweren Krankheitsverläufe schnell behandelt werden können und genügend Kapazitäten für alle Patienten bestehen. Das Gesundheitssystem muss dringend schnell und langfristig entlastet werden. In erster Linie das Personal, welches schon seit Monaten überdurchschnittlich viel leistet. Da viele Ansteckungen familienintern stattfinden, die Dringlichkeit der Massnahmen während der Festtage nochmals betonen. Die Bevölkerung dazu aufrufen, frühzeitig zu testen und bei kleinsten Symptomen soziale Kontakte meiden.»

#### Landesspital

«Das Landesspital sieht die drohende Überlastung in den Schweizer Spitälern mit Sorge, denn Verlegungen von schwer erkrankten und verunfallten Patienten könnten gefährdet sein, wenn die Fallzahlen nicht massiv und schnell reduziert werden können. Das Landesspital unterstützt daher vollumfänglich die Bemühungen und Massnahmen der Regierung zur Eindämmung der Pandemie. Das Personal des Landesspitals ist regelmässig geschult und ebenfalls angehalten, in allen Lebensbereichen diese Massnahmen mitzutragen. Sie tragen damit dazu bei, die Pandemie zu bekämpfen.»

[www.volksblatt.li](http://www.volksblatt.li)



Informierten im Fürst-Johannes-Saal zur Coronalage: Gesundheitsminister Mauro Pedrazzini

### Finanzielle Unterstützung

## Kultur und Wirtschaft erhalten weiterhin Beistand

**VADUZ** Jetzt, da unzählige Unternehmen aus unterschiedlichen Branchen ihre Tore für rund drei Wochen schliessen müssen, stellt sich für sie die Frage, inwiefern sie auf Unterstützung durch die Regierung hoffen können. Regierungschef-Stellvertreter Daniel Risch konnte an der Pressekonferenz allerdings Entwarnung geben. Mit den bereits beschlossenen Härtefallmassnahmen für das vierte Quartal 2020 und das erste Quartal 2021 hätten grundsätzlich alle Betriebe finanzielle Unterstützung in Aussicht. Für diese Hilfeleistung gelte: je grösser der Umsatzeinbruch, desto höher die Unterstützungsleistung. Die Regierung, vor allem auch die Taskforce Wirtschaft, arbeite daran, diese Leistungen weiter zu optimieren. Sie sehe gemäss Risch aber davon ab, weitere Mittel vom Landtag zu beantragen – selbst wenn weitere Schliessungen bevorstehen. Betriebe, die selbst jetzt noch durch das Raster der Regierung fallen, könnten sich auf die finanzielle Hilfe der Gemeinden verlassen. Erst vergangene Woche wurde bekannt, dass diese seit März schon rund zehn Millionen Franken in benach-

teiligte Unternehmen investierten. Weitere zehn Millionen befänden sich derzeit noch im Topf.

#### Auch Kultur gehe nicht vergessen

Regierungsrätin Katrin Eggenberger versicherte allen Kulturschaffenden im Land, dass die Regierung sie nicht im Regen stehen lässt. Erst am Dienstag hat sie einen Nachtragskredit in Höhe von 500 000 Franken genehmigt. Einerseits sei dies ein «Lichtblick für die Kulturschaffenden», andererseits sei ihr bewusst, dass Betroffene, die schon in den vergangenen Monaten zu kämpfen hatten, nun noch vor grösseren Herausforderungen stehen. Viele Künstler hätten in den kommenden drei Wochen keine Plattform für ihre Darbietungen mehr. Für viele Kulturbereiche gebe es aber auch die Alternative, auf virtuelle Veranstaltungen auszuweichen. So zum Beispiel auf Online-Konzerte. Letzten Endes könnten Kulturschaffende aber genauso wie alle anderen Unternehmer auf die Unterstützungsleistungen der Regierung inklusive der Kurzarbeitsentschädigung zählen. (mw)

### Nun auch für Selbstständige

## Anspruchsberechtigung für COVID-19-Taggeld erweitert

**VADUZ** Weil die Corona-Fallzahlen seit Oktober stark gestiegen sind, beschliesst die Regierung nun, die Anspruchsberechtigung auf das COVID-19-Taggeld für selbstständig erwerbstätige Personen zu erweitern. Von dieser Erweiterung seien Personen betroffen, die sich im Rahmen des Krankenversicherungsgesetzes freiwillig für Krankengeld versichert haben und wegen einer Quarantäne einen Erwerbsausfall erleiden. Dies teilte

die Regierung am Freitagmorgen mit. Zu diesem Zweck habe die Regierung die Richtlinie der Taggelder entsprechend angepasst. Selbstständig erwerbstätige Personen mit einer freiwilligen Krankengeldversicherung hätten Anspruch auf eine rückwirkende Entschädigung ab dem 1. November. Die Richtlinie und das Antragsformular finden Sie auf den Internetseiten der einzelnen Krankenkassen. (red/ikr)